

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19060821

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementpreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Frangegeld
monatlich M. 1.20, vierteljährlich M. 3.60; durch die Kasperteure wöchentlich 30 A frei ins Haus.
Einzige Nummer 5 A. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 A.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wobersky in Hamburg.

Dienstag, den 21. August 1906.

Anzeigen werden die sechsgepaltene Zeitzeile oder deren Raum mit 30 A für den
Arbeitsmarkt, Vermietungen, und Familienangelegenheiten mit 20 A berechnet.
Anzeigen-Aufnahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends),
in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus.
Redaktion und Expedition: Friedrichstraße 11 in Hamburg.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementow, Seilerstr. 27, pt. 1. Nord-St. Pauli, Einsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Einsbüttel. Hohenst., Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Grothkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petersen, Wachtstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baust. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Nienburgstr., Billwärder und Veddel bei Hub. Fuhrmann, Schmalenstr. 33, Hammerbrook. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottenien, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottenien. Hirschfeld bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona.

Hierzu eine Beilage.

Die Landarbeiterfrage.

II.

Wir haben noch ein im Jahre 1872 erschienenes Buch eines Konfessionellen, des Herrn v. d. Goltz, über „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung“ zu berücksichtigen. Der Verfasser glaubt, seine Hoffnung auf die Günstigkeit der Grundherren setzen zu dürfen, denen er warnt vor dem Ständepunkte des „Ordnungspolitikers“ aus jener Zeit: „Wenn wir den ländlichen Arbeitern zu einer befriedigenden Lebenslage verhelfen, wird es den Männern, welche den Unsinn der bestehenden Zustände herbeizuführen trachten, nie gelingen, ihre Pläne zu realisieren, während eine fortdauernde Vernachlässigung der ländlichen Arbeiter mit der Zeit die letzteren ganz gewiß für die sozialistische Agitation empfänglich und dann zu gefährlicheren Feinden der bürgerlichen Ordnung machen wird, als es bisher noch irgendwo in Deutschland die sommerlichen Arbeiter gewesen sind.“

Um ein klares Verständnis über den Kulturzustand der ländlichen Arbeiter zu ermöglichen, weist v. d. Goltz darauf hin, daß sie fast ohne Ausnahme Kinder, Enkel oder höchstens Urenkel von Leuten sind, die noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in dem Zustande großer Unfreiheit, der Gutsherrschaft lebten, an die Scholle gekettet, der Willkür ihrer Herren unterworfen, an Unselbstständigkeit und Unterwürfigkeit gewöhnt, ohne auf mit ganz geringer Schulbildung angewachsen waren, auf einer Kulturstufe und in einer Lebenshaltung, die es ihnen weder möglich noch zum Bedürfnis machten, über den Zweck ihres Daseins nachzudenken, oder um etwas weiteres als um die Befriedigung der dringenden Lebensbedürfnisse sich zu kümmern. Jetzt ist es die Hungerpeitsche, die den ländlichen Arbeiter zum geistigen Werkzeuge der Herren macht. v. d. Goltz flagt darüber, daß sehr viele Gutsherrn aus „traumatischem Egoismus“ und „mangelnder Gewissenhaftigkeit“ die den Arbeitern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen. Und auf die Frage, wie es dann komme, daß solche Besitzer immer noch Arbeiter bekommen, antwortet er: „Dieser Umstand findet seine Erklärung zunächst in dem Stumpfsinn und der Gleichgültigkeit vieler Dienstleute, die lieber in ihrer traurigen Lage zurückbleiben, als daß sie ernsthafte Anstrengungen zu einer Verbesserung derselben machen. Ferner darin, daß in veralteten Verhältnissen die Leute meist nicht in der Schuld des Herrn stehen und nicht abziehen können, ohne letztere zu tätigen, wenn sie nicht ihre wertvollste Habe zurücklassen wollen.“

Also Arbeiterklaven und zugleich Schuldklaven! Von den Landarbeitern in Oberschlesien sagt unser Gewährsmann, ihre Lage sei auf vielen Gütern „eine feine Kläglichkeit, so daß sie oft an dem Notwendigsten Mangel leiden“. Und über die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter bemerkt er:

„Es gibt noch viele Tausende von Arbeiterwohnungen, in welchen die Gesundheit ihrer Inassen auf das Grütlichste gefährdet ist, welche auch nicht einmal den Schein einer menschlichen Behausung an sich tragen, und in denen es den Bewohnern unmöglich ist, auch nur den gewöhnlichsten Regeln der Sittlichkeit Rechnung zu tragen.“

Er sagt ferner, daß die erbärmlichen Wohnungen „wesentlich dazu beitragen, daß unter den Kindern der ländlichen Arbeiter eine so ungewöhnlich große Sterblichkeit herrscht und daß die Erwaachsenen so häufig schon in den besten Jahren einem frühen Sichteum anheimfallen“. Dazu nimmt v. d. Goltz die fast durchweg übermäßig lange Arbeitszeit und die Mangelhaftigkeit des Schulunterrichts.

Man beachte wohl: Das wurde 1872, also vor 34 Jahren, geschrieben! Aber auch v. d. Goltz hat sich vergeblich bemüht, das „Gewissen“ der Großgrundbesitzer wach zu rufen und sie zu einer „Politik der Gerechtigkeit“, wie er wünschte, zu bestimmen. Selbst der eindringlichste Hinweis auf die aus ihrer Ungerechtigkeit resultierende „Gefahr des Unterganges“ hat bei ihnen nichts gebracht. Für die Bekämpfung dieser Gefahr verlassen sie sich auf die Polizei, die Justiz, die Kanonen und Bajonette, alles in allem auf eine Politik der Gewalt und auf die Pfafferei. Als im Jahre 1872, veranlaßt durch das Buch des Herrn v. d. Goltz, in Berlin eine „Konferenz ländlicher Arbeitgeber“ tagte und ein bürgerlicher Agrarier, Herr Krauer-Krieger, für Lohnverhöhung sprach, um die Arbeiter der Landwirtschaft zu erhalten, erklärte Herr v. Wedell-Matthow: man müsse die Kirche zu Hilfe rufen, die doch „stets dem Herrn zu Diensten stand“ (wahrhaftig, das tut sie!); durch die „christlichen Ideen“ müsse das „unberedigte Drängen der ländlichen Arbeiter nach Gewinn und Verbesserungen der materiellen Lage zurückgewiesen werden“. Ein Herr v. Göben aber sagte: Meide Gutsherrn gäben für Schweinefäule mehr aus als für Arbeiterwohnungen.

Zu den seitdem verstrichenen 34 Jahren sind die Agrarier durch „Liebesgaben“ auf Kosten des Volkes und mehr noch durch eine volkskammerfeindliche Schutzpolitik bereichert worden. Aber nichts haben sie unternommen, die Lage ihrer Arbeiter zu einer menschenwürdigeren zu

gestalten. Daß sie hier und da gezwungen waren, infolge des Arbeitermangels höhere Löhne zu zahlen, war für sie nur ein Ansporn, immer rückwärts die Vergewaltigung und Fesselung der Arbeiter anzustreben.

Wie vor Jahrzehnten, so ist auch heute noch die Lage der Arbeiter in jeder Hinsicht eine erbärmliche. Noch immer ist ihr Los, brutale Behandlung zu erdulden, Not und Elend zu erdulden, in Gefangen zu haften, die für das Vieh zu schlecht sind. Noch immer wird die ländliche Arbeiterbevölkerung unter dem Schutzpatronat der Junker geistlich und scheinbar in der Erzählung großlich vernachlässigt; noch immer gilt für das Herrtum das Wort: „Der dümmste Arbeiter ist der beste“. Noch immer ist das landwirtschaftliche Proletariat durch Ausnahmegeetze entrechtet. Und energischer, fanatischer als zuvor fordern heute die Junker und Junkerengen die Vernichtung des Rechtes der Freizügigkeit; die Staatsgewalt soll die Landarbeiter zwangsweise verhindern, dahin abzuwandern, wo sie mehr verdienen und ein menschenwürdigeres Dasein genießen können. In diesem Sinne hat ja erst kürzlich wieder die „Deutsche Tageszeitung“ in einem Artikel über die „Leuten“ geschrieben. Da meint denn nun das rheinische Zentrum, die „Alln. Volks-Ztg.“, die Regierung werde hoffentlich nicht so töricht sein, die Freizügigkeit anzunehmen. „Das heißt“, — sagt sie — „die Revolution fördern. Man denke sich die schreckliche Wut, welche sich der Landarbeiter — ganz mit Recht! — bemächtigen müßte, wenn sie geistlich gehindert würden, bessere Arbeitsplätze aufzusuchen! Die „Deutsche Tageszeitung“ wird wohl nicht behaupten wollen, daß der liebe Gott die Landarbeiter wegen der Mittergutsbesitzer geschaffen habe.“

Also das Zentrumslager erkennt, was wir uns merken wollen, ein Recht der Landarbeiter auf Revolution an gegen den Versuch, sie durch Vernichtung der Freizügigkeit an die Scholle zu fesseln. Aber „daß der liebe Gott die Landarbeiter wegen der Gutsherrn geschaffen habe“, das ist eine Ansicht, die sich wohl nicht mit prächtigen Lehren aus der katholischen Kirche. Diese Lehre hat die Kirche beider christlichen Konfessionen viele Jahrhunderte hindurch der ländlichen Arbeiterklasse verlehrt. Freilich, was sie heute offen und unverhüllt ansprochen würde, hätte zu gewaltigen, veracht und reiß für das Zerknirschung erklärt zu werden. Aber zu ihrem Sinn bekennen sich noch heute geschorene und geschleierte „Diener Gottes“ und „christliche“ Arbeitsherrn.

Daß die Zentrumspresse der Forderung, der ländlichen Arbeiter das Recht der Freizügigkeit zu nehmen, opponiert, erklärt sich daraus, daß die Zentrumspartei allen Grund hat, es mit dem katholischen Teile dieser Arbeiterklasse nicht zu verderben. Aber die Zentrumspartei, die katholischen Gutsherrn denken in diesem Punkte genau so, wie die protestantischen Junker, ihre Standesgenossen.

Wäre niemand mehr sich Mühe geben, das Agrarierum zu einer „Politik der Gerechtigkeit“ gegenüber seinen Arbeitern zu belehren. Denn alle Mühe ist vergebens. Wie laut auch das Gend dieser Arbeiter „zum Himmel schreit“, wie offensichtlich ihre menschenwürdige Lage und Behandlung auch ist, die Masse der Grundherren spricht den überzeugenden Tatsachen heute noch ebenso Hohn, wie sie es früher getan hat, pochend auf die Hilfe der Staatsgewalt, die dieses Element ja von jeher in ausgiebigster Maße genossen hat. Es ist nicht daran zu denken, daß von Seite dieses Herrtums die Hand geboten wird zu wirklich reformatorischen Maßnahmen im Interesse der ländlichen Arbeiter. Aber das ist gewiß, daß in absehbarer Zeit dieses Proletariat völlig erwachen und im Grunde mit dem Industrieproletariat und dem Zwang der Verhältnisse, auf dem Boden der Prinzipien des demokratischen Sozialismus, selbst die Lösung der Landarbeiterfrage betreiben, sich ein besseres Los erkämpfen wird.

Die Revolution in Russland.

Beschwichtigungstaktik der Regierung.

Eine offizielle Depesche meldet: Der Minister-rat beschloß sich in seiner ersten Sitzung mit den Grundrissen des politischen Programms und begann die Prüfung der Gesetzesentwürfe, die der Reichsduma nach ihrem Wiederzusammentritt vorgelegt werden sollen. Der Minister-rat wird ferner die Maßnahmen prüfen, die vor dem Zusammentritt der Duma ergriffen werden sollen.

Gegenüber den immer wieder von den Zeitungen veröffentlichten Gerüchten von der Möglichkeit der Einsetzung einer Militär-diktatur in Russland erklärt die Petersburger Telegramm-Agentur, sie sei ermächtigt worden, diese Gerüchte auf das entschiedenste für unbegründet zu erklären.

Was offiziell geleugnet wird, ist immer das Wahrscheinlichste!

Das Kriegsgericht an der Arbeit.

Das Kriegsgericht in Kronstadt verurteilte 10 Teilnehmer an dem bewaffneten Aufstand zum Tode und 122 zu Zwangsarbeit; 15 Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Kriegsgericht beginnt die Vernehmung der Zeugen in der Angelegenheit der zweiten Gruppe der wegen bewaffneten Aufstandes Angeklagten am 21. August. Unter den Angeklagten befindet sich der frühere Deputierte der Reichsduma Dmitri.

Die Prätorianer des Jaren.

Die „Russische Korrespondenz“ schreibt aus Petersburg, 15. August 1906: Am letzten Freitag ritt ein Detachement der Gensdarmen, eines der vornehmsten Regimenter, Donnerstags 11 Uhr durch die

Schergewissaja. Die Trompeten schmetterten und eine vorübergehende Däme bemerkte: „Sehen Sie, wie lustig Sie dahereiten, als hätten Sie dort Arthur erobert.“ Die Unstehenden lachten, ein Offizier des Regiments hörte es. Die Abteilung sprengt zurück. Die Passanten fliehen. Die Däme, welche das Scherzwort gesagt, hat man ein und sie wird unter Stränden in eine Dorfstraße geleitet und unter Bedeckung zum Offiziers-kasino des Gensdarmenregiments gebracht. Man hielt dort fest, daß es ein Fräulein Anna Spiridonowna Smirnowa ist. Jener Offizier tritt aus dem Kasino und das Ende vom Liede ist, daß die Däme auf den Hof geführt wird, und daß dort sieben Soldaten den Auftrag erhalten, Fräulein Smirnowa 25 Peitschenhiebe aufzu-zählen. Das geschieht. Darauf gibt einer der Offiziere des „vornehmsten“ Petersburger Regiments den Soldaten die nicht mißzuverstehende Anweisung: „Tut mit dem Stiefel, was Ihr wollt.“ Die Gefinnung der Soldaten verbot ihnen, die Weisung ihrer „adeligen“ Vorgesetzten zu befolgen, und so kam die Gensdarmen zwar mit furchtbaren Verletzungen auf dem Rücken, aber ohne daß der Wind des Offiziers befehl worden wäre, davon. Ihr Bruder teilt den Sachverhalt jetzt öffentlich in den Zeitungen mit, und die Empörung der Gesellschaft ist eine furchtbare; sie wird gefordert, daß der Mörder der Smirnowa für die Gensdarmen photographiert werden soll, und diese Photographie zeigt man überall herum. (Man sieht deutlich, wie der Rücken zerkratzt ist.) Man denke sich die Schandge. Am helllichten Tage in einer Straße, die etwa der Wilhelmstraße in Berlin entspricht, lassen Offiziere eine Däme für ein leichtfertiges Wort greifen. Sie schleppen sie in die Kaserne und sie erhält 25 Peitschenhiebe, daß sie zusammenbricht und dann fränk danielisiert, und sie wird von den schuldigen Attentaten nur gerettet, weil die „gemeinen“ Soldaten menschlicheres Empfinden haben als die „vornehmsten“ Offiziere des vornehmsten Regiments.

Attentat.

In Riga wurden am Sonntagabend vier auf einer beladenen Straße ein berittener Polizeioffizier erschossen und ein Schuhmann verwundet. Der Täter entkam.

Neuer Streik.

Infolge Entlassung einiger Maschinen- und Matrosen legten alle übrigen Maschinen- und Matrosen der Russischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Sebastopol die Arbeit nieder.

Mitläufer in Jafowka.

Am Sonntagabend fand ein von Tausenden von Arbeitern der Wlaker Gruben bezeugtes Meeting statt. Zwei Schwabener Dragoon begannen die Menge auseinanderzutreiben. Aus dem Hinterhalt fielen Schüsse. Daraufhin gaben die Dragoon fünf Schüsse ab. Viele Arbeiter wurden getötet oder verwundet. Möglicherweise „Mordführer“ sind verhaftet worden. Es herrscht große Erregung.

Im Kaukasus.

Nach einer in Schachka eingetroffenen Draht-nachricht überfielen Tatarren aus dem Dorfe Maframad auf dem mit bewaffneter Waffe und tödlichen vier derselben. Eine Komie fand den Kofaken zu Hilfe, die mit Schüssen empfangen wurde. Es kam zwischen den Truppen und den Tatarren zu einem Gefecht, nach dessen Beendigung das Dorf der Tatarren zerstört wurde. Aus dem Bezirk Janguzer wird gemeldet, daß wandernde Tatarren dreier benachbarter Bezirke den Wirtshäusern Karakilis angriffen, 18 Armenier tödten, vieles Eigentum vernichteten und viele Einwohner verunverletzt. Eine zweite von einem Dorf-namen Nagia angeführte Bande Tatarren machte auf das Dorf Maframad einen Angriff; auch in anderen kleinen Dörfern wurden von Tatarren Unruhen verübt.

Von der Weltbühne.

Rob bleibt dem Staatsdienst erhalten — wenigstens vorläufig. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt:

Wie wir hören, hat der Reichsfänger und Ministerpräsident das von uns bereits erwähnte Schreiben des Herrn Landwirtschaftsministers vom 13. August zum Gegenstand eines eingehenden Vortrages bei seiner Majestät dem Kaiser und Könige gemacht. Seine Majestät hat darauf in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Fürsten Bismarck erklärt, daß allerhöchste er auf Grund der Ausführungen des Herrn Ministers vom 13. August zur Zeit nicht in der Lage sei, über die Frage der Entlassung von Eggelsen v. Bobbielski aus dem Staatsdienst eine definitive Entscheidung zu fassen.

Sol nun weiß man wenigstens, wie man daran ist. Eggelsen v. Bobbielski wird die „Moralische“ aus-laden, die das seine Gehalt der Frau von Bobbielski mit Zippelschiff andächtig finden.

Ueber das Verhältnis der Firma Boermann zu der Kolonialschiffahrt stellt Magis-milian Jordan in seiner „Zukunft“ — die übrigens schon vor Jahr und Tag auf die außerordentlich hohen aus Boermann gezahlten Transportkosten unter genauer Detailangaben hingewiesen hat, jetzt folgende Fragen an die maßgebende Stelle:

Wie ist es mit der Firma Boermann, deren Status der Krieg so wesentlich verbessert hat? Gab es nicht für alle Fälle der Mobilmachung Verträge, die den Norddeutschen Lloyd verpflichteten, Truppen und Material zu bestimmten Preisen zu befördern? Wieshalb wurde diese Vertragspflicht nicht länger geltend gemacht? Hat Boermann, der, als ein Hauptinteresse am Handel aber deutsch-welt-afrikanischen Faktoren, doch zugleich sein eigenes Geschäft sicherte, niedrigeren Preis gefordert als der Lloyd und zum Beispiel, Offiziere billiger befördert als andere Reisende? Und weiter, etwa mit der Begründung, andere Passagiere würden von der Schiffsfahrt nicht so reichlich profitieren? Warum ergrünte man ihm dann die Unternehmung der Konkurrenz? Waren Eingeladene in solcher Höhe nicht zu vermeiden? Sind die Vorräte der Boermann-Reederei nicht Vorräte geworden, wie man das Schiffsverkehrs-organisierten könnte, und sind sie auf dem Wege in die höhere Geschäftskategorie nicht ins Wasser gefallen?

Antwort erheben vor allen die den Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd betreffenden Fragen. Hierüber ist unseres Wissens in der Öffentlichkeit noch nichts bekannt geworden.

Auch eine Erinnerung. Die „Berl. Volks-Ztg.“ erinnert daran, daß jetzt gerade fünfzigjährige Jahrgänge vergangen sind, daß in der Gabelschen Brauerei in

Berlin der jüngere Sohn des damaligen Reichsfänglers, der Graf Wilhelm Bismarck, in einer politischen Versammlung sein Licht als Agitator leuchten zu lassen ver-ludte. Die Rede des jugendlichen Herrn, der in jener Versammlung als politischer Dilettant auftrat, ward schnell berüchtigt in deutschen Landen, da sie zur Zeit einer Hungerperle gehalten wurde; neben dieser ging der mit Hilfe des Sozialistengesetzes erhaltene kleine Belagerungsstumpf“ gleich einher. Dieser „kleine Belagerungsstumpf“ hatte es mit sich gebracht, daß Hunderte von ehrenwerten Männern, nur weil sie Sozialisten waren, von Erb und Hof verjagt und vielfach in Not und Elend gestochen waren. Der junge Graf Bismarck aber belästigte sein zartes Gesicht in seiner Rede an dem jugendlichen Sagen: „Die Hungerperle brüht schwerer auf die Berliner als der kleine Belagerungsstumpf“ — ein Wort, das bei den Zuhörern des jungen Herrn ein widerliches Gelächter, bei allen Reichsblutarmen in Deutschen Reich aber eine flammende Entrüstung hervorrief. Diese berühmte Rede war aber noch durch einen anderen Umstand bemerkens-wert. Eingeführt wurde der junge Redner durch einen Professor von der Kriegsakademie. Dieser glaubte für den Vortragenden nicht besser Besame machen zu können, als indem er verfügte: Als Redner haben wir den Grafen Wilhelm Bismarck gewonnen, „durch den der Herr Reichsfänger zu so Voller herabgefallen“ — „Auch dies Wort machte damals die Menge, die gesamte deutsche Presse, die Stimmenden des Reichstages, der zu jener Zeit noch nicht abgelehnt war, zeigten sich entsetzt von dieser „geistreichen“ Wendung. Jeder un-abhängige und verständige Mensch aber empfand dieses Wort als eine Verleumdung des Volkes. Kann jemand, und wäre er der fähigste, die Besame des Reiches, überhaupt zum Volke herabsteigen? Welche unglückliche Nachsichtung des Volkes liegt darin, daß man von jemandem, der zum Volke redet, sagt, er steige zum Volke herab!

Das stimmt. Wer wundert sich über solchen Dumm-sinn? Gehört er doch zu den Eigenschaften der herrschenden Stände und Klasse. Wie man da verachtet, wegwerfend, hochmütig über die Arbeiter spricht, die ja nur Arbeiter sind, so auch über das Volk, das sie ausbeuten. Aber auch dieser Dummholz wird sich schon noch legen!

Die Aufhebung der Fahrkartensteuer soll nach einer der „Post. Ztg.“ aus Süddeutschland zu-geliehene Zufahrt eine Frage der Zeit sein.

Daß sie im Bundesrat erst nach Belohnigung er-nur Bedenken zur Annahme gelangte, ist be-kannt. Hauptlich befürchteten die Bundesregierungen eine Schmälerung ihrer Einnahmen infolge des Uebergangs vieler Reisenden zu einer niedrigen Wagen-kasse — ein Vorschlag, die sich schon in den ersten Wochen nach der Einführung der Steuer als be-gründet erwies. Was die Regierungen trotzdem bewog, den Beschlüssen des Reichstages ihre Zustimmung zu erteilen, war folgende Erwägung: Bedeuts gründ-liche Beförderung der Reichsfinanzlage und Be-freierung der für die nächsten Jahre zu erwartenden Mehrausgaben wird eine härtere steuerliche Heranziehung des Tabaks nicht zu umgehen sein; diese ist aber im Reichstage nur durchzuführen, wenn man dafür eine Kompensation gewährt, die den Abgeordneten die Nachsichtung einer Höherbesteuerung des Tabaks vor ihren Wählern erleichtert. Eine solche Kom-pensation soll nun die Aufhebung der Fahrkartensteuer sein. Im Reichstagsorgane dürfte man es daher gar nicht ungenau sehen, wenn die Fahrkartensteuer recht vielen Widerstand begegnet.

Nicht überaus geistreich. Wir glauben aber nicht, daß der Reichstag für diese Kompensation zu haben sein wird.

Die sich mehrenden Fälle der Verurteilung von Schulkindern zu Gefängnisstrafen geben der „Kölnischen Zeitung“ Anlaß zu sehr berechtigter Kritik, die an ein Exzessiver Vorkommnis anknüpft. Vor der Exzessiver Strafkammer, die erst vor kurzem einen 13-jährigen Knaben in die Gefängnisse wegen des „Mordes“ einer Kinderkompe zu acht Tagen Gefängnis verurteilt hat, erschienen vor kurzem vier Schulknaben aus Arnstadt, dor-unter zwei im Alter von 12 Jahren, um sich wegen Diebstahls zu verantworten. Die Jungen waren vielfach sich selbst überlassen, und ihre elterliche Er-ziehung ließ manches zu wünschen übrig. Die ihnen zur Last gelegten Verbrechen bestanden darin, daß sie einen Postkastenautomaten aufgedröckelt hatten. Ferner sollten sie aus einer alleinstehenden Feldhütte drei minderwertige junge Hunde und ein Hund Stroh mitgenommen haben. Die Anklage lautete auf schweren Diebstahl, und sowohl Staatsanwalt als auch Gerichtshof waren der Meinung, daß „zur Warnung“ hier eine besonders empfindliche Strafe am Platze sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen einen Knaben drei Monate Gefängnis, gegen den zweiten fünf Monate, gegen den dritten drei Wochen und gegen den vierten fünf Tage Gefängnis. Der Gerichtshof sprach in allen Fällen weit über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus und sprach gegen die vier Schulknaben folgende Strafen aus: gegen den ersten fünf Monate Gefängnis, zweitens sechs Monate Gefängnis, drittens vier Monate Gefängnis, viertens zwei Monate.

„Der dramatische Spruch der Exzessiver Strafkammer“, so bemerkt dazu die „Köln. Ztg.“, „entspricht ganz der gegenwärtigen Praxis in der strafrechtlichen Be-handlung jugendlicher Personen. Heute wird der Richter durch das geschriebene Recht, besonders durch das ungläubig doktrinierte Legalitätsprinzip, in engen Banden gehalten. Ihn interessiert nur die einzelne kriminelle Verletzung, nicht aber die Ge-samtpersönlichkeit des unterfertigen, werdenden, er-ziehungsbereitenden Jugendlichen, und so kommt er zu einem den klaren Sätzen der Psychologie, Pädagogik und Moral zuwiderlaufenden Urteil.“

Er muß laut Gesetz so handeln. Wer möchte da nicht dem Geheimen Rat Krohn gegenüber, der gelegentlich der Versammlung der Internationalen krimina-lichen Vereinigung zu Berlin 1893 sagte: „Wir ist unheimlich zu Mute, wenn ich daran denke, welch hilflosverloren die Schuld des heutigen Rechtslebens auf sich ladet, wenn es so, wie es geschieht, in der Be-handlung der jugendlichen Verbrecher fortfährt. Wir treiben eine moralische Finanzwirtschaft, die zu dem Ruin drängt.“ „Nach uns die Einstufung!“ Kann man sich eine vernünftigeren Kritik der heutigen for-malistischen Strafrechtslehre denken? Und doch ist in den 13 Jahren, die seitdem ins Land gezogen sind, nichts geschehen zur Verringerung des unheimlichen, wider-sinnigen und inhumanen Straffsystems. Wie die beiden Exzessiver Urteile zeigen, bringt man ihm noch heute Hohenlohe an, heimlichstendurter Kinder. Wann endlich wird die so oft angekündigte Straf-rechtsreform zur Tat werden?

Dieser Kritik möchten wir noch anfügen, daß es nicht nur das gesellschaftliche Recht ist, das solche Urteile gegen Kinder zeitigt, sondern vielmehr noch der Geist, der die neuzeitliche Jurisprudenz beherrscht,

dieser Geist der „Schneidigkeit“, dieser Klassegeist, der im Volk nur eine durch Furcht in Schranken zu haltende Horde sieht, der der Volk des Gensers, das Judas und das Gefängnis stets vor Augen geführt werden müßte, während Galanten „bessere Stände“ zu entschuldigen seien. Die Strafrechtsreform allein hilft da nichts, wo die Klassenjustiz beherrscht dem Klassenrecht dient. Das Urteil muß an der Wurzel gefaßt werden, und diese Wurzel ist eben die Klassenherrschaft.

Weitere soziale Steigerung der Fleisch-preise. Aus allen Teilen des Reiches laufen Mel-dungen ein, wonach die Fleischpreise während der letzten Monate um M. 5 bis 6 gestiegen sind. Speziell in Süddeutschland macht sich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, ein großer Viehmangel bemerkbar, so daß sich die Mindernde Fleischverräumung gezwungen sehen, auf neue bei der Regierung vorstellig zu werden. Dementprechend wurde für den kommenden Dienstag eine Ausschüttung einberufen, um die Fleischpreise den Viehpreisen entsprechend zu erhöhen. Auch in Berlin und Leipzig sind die Preise um etwa M. 8 pro Zentner gestiegen. Und das trotz reichlicher Getreide- und Futtermittel! Wie lange noch wird die Regierung durch Furchtsamen an den Grenzpreisen sich mitschuldig des agrarischen Fleischwunders machen?

Der Bierkrieg in Rheinland-Westfalen. Eine in Essen stattgehabte Arbeiter-Versammlung gegen die Erhöhung des Bierpreises nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die hier im „Rheinischen“ Essen-Nachrichte, von circa 1000 Bieren behaltene Verammlung der Rheinischen Zone des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt nach Anhörung der Referenten, daß sie einstimmig den ge-forderten Preisnachlass verweigert. Die unab-hängigen Bieren haben vor allem die Pflicht, sofort ihren Bierbedarf von einer ringfreien Brauerei zu bedeu. Die Verammlung verurteilt aus scharfste das Vorgehen der Brauereien und erklärt den Stundenlohnvertrag als eine dem ganzen Gewerkschaftsbunde angetane Schmach. Die Verammlung hegt zu dem Publikum das Ver-trauen, daß es in dem nunmehr unvermeid-lichen Bierkrieg auf Seiten der Bieren stehen wird.“

Die Verammlung beschloß, auf Grund der bekannt-gegebenen Angebote Einkaufsgesellschaften zu bilden, und beauftragt den Vorstand der Rheinischen Zone, behufs Erwerbung von Genossenschafts-brauereien weitere Schritte zu tun und An-nahmen zu den Einkaufsgesellschaften entgegen-zunehmen.“

Die Logik der Ordnungspolitik ist eine grau-ant verdächtige. Dieser Tage hatte der „Vorwärts“ in einem Artikel über die Militärhoftoffen ge-schrieben: „In Wirklichkeit hat jeder Vorkost in der Tat nur den einen Zweck, Geschäftsleute zu schädigen, und deshalb untersteht er sich auch sehr weitläufig von dem Sozialbolscheismus der Arbeiter und unserer Partei.“

Dagegen macht die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Einwendungen:

„Das ist vollständig unrichtig. Der Militär-hofoff ist nicht nur zu dem Zwecke über ein Vokal ver-hängt, um das Zusammenstoßen der Soldaten mit den Genossen nach Möglichkeit zu verhindern, während dem die Sozialdemokraten ein Vokal hochheulen, um den Vorkost durch Geschäftsleute zu weit zu bringen, daß er sich ihren Wünschen widersetzt. Die beabsichtigte „Schädigung“ des Ge-schäftslebens“ ist schon ganz auf Seiten der Herren Genossen.“

Wir müssen nach dem Agrarier-Organ Sozial-demokraten aufklären, Sozialdemokraten zu sein, um den Vorkost der Schädigung nicht zu verdienen. Die Vok-tottierung erfolgt, weil der Vorkost die Sozialdemokraten nicht in seinem Vokal haben will, wenn sie sich mit gemeinschaftlichen Angelegenheiten politischer oder wirtschaftlicher Art befassen, und der Vorkost besteht eben darin, daß die Sozialdemokraten dann auch bei anderen Gelegenheiten und zu anderen Zeiten das Vokal meiden, wo man sie zu ernsther Beratung nicht haben will. Der Militärhofoff aber hat tatsächlich nur die Wirkung, den Vorkost zu schädigen, ohne daß er irgend eine Notlage dazu gegeben hätte.

Das wahre Gesicht der Zentrumspartei enthielt in einem Artikel der „D. Tageszeitung“ der Straßburger Weltbühne. „Die Zentrumspartei ist die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenparlamentes. Die Steuern, durch die geordneten Leuten gewisse Grade auch die belästigten Klassen getroffen werden, d. h. die Fahrkartensteuer und die Erbschaftsteuer, passen dem agrarischen Zentrumsmann ganz und gar nicht. Diese Steuern hätten zunächst den Fehler, daß sie nicht einmal für die Zukunft ge-nügen.“ Ausreichende Steuerbeträge seien nur aufzubringen durch Belastung des Massen-verbrauchs. Der preussische Zentrumspartei schreibt dann wörtlich:

„Die Regierung wußte, daß die Mittel zur Auf-rechterhaltung der Weltmachtstellung Deutschlands nur durch eine stärkere Belastung des Massenverbrauchs anreichend (insbesondere bayer. auf eine einheitliche Bekleidung des Volkvolkes in Wein, Bier, Spiritus) und bei der andauernden steigenden (1) Wohnkosten und (2) der Erbschaftsteuer (1) Weise aufgebracht werden können.“

Also dieser edle Zentrumsgraf ist der Meinung, daß die arbeitende Bevölkerung für einen beträchtlichen Wohlstand erfreut, daß sie noch am ersten eine erhebliche Steuerbelastung vertragen kann Eine beträchtliche höhere Biersteuer sei weit „ertrag-licher“ als die Fahrkartensteuer und die Erb-schaftsteuer!

Daß das Zentrum im Frühjahr 1900 in das Klottengesetz die Bestimmung eingefügt hat, daß die Bedienung für neue Marineausgaben „nicht durch Er-ziedung oder Verneuerung der indirekten, den Massen-verbrauch belastenden Reichssteuern“ aufgebracht werden darf“, kimmert den Zentrumsgrafen nicht.

Roch toller aber ist es, daß dieser Zentrumsmann der Regierung gründlich deshalb die Reuten nicht, weil sie nicht trotz des schändlichen Sträubens der Reichsstaatsmacht, d. h. also auch des Zentrums, das ihr präventiver Steuerkonzept verworfen und den Versuch gemacht habe, eine Weiche für eine erneute Belastung des Proletariats zu er-zwingen:

„Die Regierung zeigte von allem Anfang an, daß sie keinen festen Willen hatte, daß sie sich nicht für ihr Wort einsetzte, daß sie nichts wagen wollte. Im Jahre 1887 handelte es sich für die Regierung lediglich um eine Frage der Macht; sie appellierte an das Volk, wie bekannt, mit Erfolg. Hier handelte es sich um Lebensbedürfnisse des Reiches; die Regierung tat nichts, um ihren Willen, um das, was sie, wie man denken sollte, als notwendig erkannte, durchzusetzen. . . . Was blieb ihre Fühung bei einer so wichtigen Aktion? Wenn der Reichstag gesehen

Es trocken und gepulvt wieder herauskommt, wird durch eine Dampfmaschine betrieben; Kesselhaube befindet sich zwei große Kessel, der Reizet untreue. Das Paragrum, in die Kranken gebadet werden, ist sehr vortrefflich. Sämliche Paraden werden mit Dampf betrieben. Auch die Paraden, in denen Kranke liegen, sind solide eingerichtet. Auch flagen die Kranken nicht mehr, wie früher häufig, auf schlechte Betten. Das Essen und Trinken soll gut sein. Die Pflege der Kranken liegt in den Händen der Pflegerinnen, die zu einer wüthigen Heißhitz zu tun, das Krankenhaus zu einer wüthigen Heißhitz zu tun. Die Pflege der Kranken liegt in den Händen der Pflegerinnen, die zu einer wüthigen Heißhitz zu tun, das Krankenhaus zu einer wüthigen Heißhitz zu tun. Die Pflege der Kranken liegt in den Händen der Pflegerinnen, die zu einer wüthigen Heißhitz zu tun, das Krankenhaus zu einer wüthigen Heißhitz zu tun.

Sambura.

Dienstag, den 21. August 1906.

Verbandstag der Schneider.

nen, ja, er habe sogar davon geredet, daß er um-
 gesellschaft sein, in der er verkehre, wenn es näm-
 lich wahr war, was er eines Tages angedeutet, daß
 den königlichen Ministerialrat gekannt habe, der
 täglich Gift genommen hatte, worüber so viel in
 den Zeitungen zu lesen stand.

[illegible]